

## **Vergnügungssteuersatzung der Gemeinde Am Mellensee**

Aufgrund der §§ 3 und 28 Abs. 2 Nr. 9 der Kommunalverfassung des Landes Brandenburg (BbgKVerf) vom 18. Dezember 2007 (GVBl.I/07, [Nr. 19], S.286), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 16. Mai 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 18]) i.V. mit §§ 1, 2 und 3 des Kommunalabgabengesetz für das Land Brandenburg (KAG Bbg) in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. März 2004 (GVBl.I/04, [Nr. 08], S.174), zuletzt geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 16. Mai 2013 (GVBl.I/13, [Nr. 18]) und dem 1. Brandenburgischen Bürokratieabbaugesetz (1. BbgBAG) hat die Gemeindevertretung der Gemeinde Am Mellensee, auf Ihrer öffentlichen Sitzung am \_\_\_\_\_ folgende Vergnügungssteuersatzung beschlossen:

### **§ 1 Steuergegenstand**

Der Besteuerung unterliegen die im Gebiet der Gemeinde Am Mellensee veranstalteten nachfolgenden Vergnügungen:

1. Tanzveranstaltungen gewerblicher Art,
2. das Halten von Musik-, Schau-, Scherz-, Spiel-, Geschicklichkeits- oder ähnlichen Apparaten in Schankwirtschaften, Speisewirtschaften, Gastwirtschaften, Beherbergungsbetrieben, Wettannahmestellen, Vereins-, Kantinen- oder ähnlichen Räumen sowie an anderen jedermann zugänglichen Orten.

### **§ 2 Steuerfreie Veranstaltungen**

Steuerfrei sind:

1. Familienfeiern, Betriebsfeiern und nicht gewerbemäßige Veranstaltungen von Vereinen, deren Vereinszweck die Jugendpflege, der Jugendschutz, die Leibeserziehung, die Kulturpflege, die Heimatpflege, die Landschaftspflege, die Pflege des Brauchtums, die Berufsertüchtigung oder die nicht gewerbsmäßige Pflege der Unterhaltung und Geselligkeit ist oder die politischen, wissenschaftlichen, sozialen oder gemeinnützigen Zwecken dienen,
2. Veranstaltungen von Gewerkschaften, politischen Parteien und Organisationen sowie von Religionsgemeinschaften des öffentlichen Rechts oder ihrer Organe,
3. Veranstaltungen, deren Ertrag ausschließlich und unmittelbar zu mildtätigen oder gemeinnützigen Zwecken verwendet wird, und dieser Zweck bei der Anmeldung angegeben worden ist,
4. das Halten von Musik-, Schau-, Scherz-, Spiel-, und Geschicklichkeits- oder ähnlichen Apparaten im Rahmen von Volksbelustigungen, Jahrmärkten, Kirmessen und ähnlichen Veranstaltungen.

### **§ 3 Steuerschuldner**

- (1) Steuerschuldner ist der Unternehmer der Veranstaltungen (Veranstalter). In den Fällen des § 1 Nr. 2 gilt der Halter als Veranstalter.
- (2) Neben dem Veranstalter haftet als Gesamtschuldner, wer zur Anmeldung verpflichtet ist, ohne selbst Veranstalter zu sein.

### **§ 4 Spielapparate mit Gewinnmöglichkeit**

Die Vergnügungssteuer wird für das Halten von Apparaten mit Gewinnmöglichkeit nach § 1 Nr. 2 nach ihrer Anzahl erhoben.

Die Pauschsteuer beträgt je Apparat und angefangenen Kalendermonat bei der Aufstellung in Gastwirtschaften und sonstigen Orten **45,00 €**.

### **§ 5 Spielapparate ohne Gewinnmöglichkeit**

Die Vergnügungssteuer wird für das Halten von Apparaten ohne Gewinnmöglichkeit nach § 1 Nr. 2 nach ihrer Anzahl erhoben.

Die Pauschsteuer beträgt je Apparat und angefangenen Kalendermonat bei der Aufstellung in Gastwirtschaften und sonstigen Orten **20,00 €**.

### **§ 6 Gewerbliche Tanzveranstaltungen**

Die Pauschsteuer wird erhoben für die im § 1 Nr. 1 benannten Veranstaltungen:

- für Tanzveranstaltungen in geschlossenen Räumen in Höhe von **50,00 €**
- für Veranstaltungen im Freien in Höhe von **100,00 €**.

Endet ein Veranstaltungstag erst am Folgetag, wird ein Veranstaltungstag für die Berechnung zugrunde gelegt.

### **§ 7 Festsetzung und Fälligkeit**

- (1) Die Gemeinde setzt für die im § 6 genannten Veranstaltungen die Vergnügungssteuer durch förmlichen Steuerbescheid fest, die innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheides zu entrichten ist.
- (2) Bei Apparaten im Sinne des § 4 und 5 sind vom Steuerschuldner Vorauszahlungen zu leisten. Die Vorauszahlungen werden für das jeweilige Kalenderjahr durch Bescheid festgesetzt. Die auf das entsprechende Kalendervierteljahr entfallenden Vorauszahlungen sind zum 15.02., 15.05., 15.08. und 15.11. zu entrichten.
- (3) Die Vorauszahlungen, die für zurückliegende Zeiträume festgesetzt werden, sind innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Steuerbescheides zu entrichten.

### **§ 8 Anmeldung, Sicherheitsleistung**

- 1) Die Veranstaltungen nach § 1 Nr. 1 sind spätestens 14 Tage vor Beginn bei der Gemeinde Am Mellensee anzumelden. Bei unvorbereiteten und nicht vorherzusehenden Veranstaltungen ist die Anmeldung an dem auf die Veranstaltung folgenden Werktag nachzuholen.
- 2) Der Halter hat die erstmalige Aufstellung eines Apparates nach § 4 und 5 sowie jede Änderung hinsichtlich der Art und Anzahl der Apparate an einem Aufstellungsort bis zum 7. Werktag des folgenden Kalendermonats schriftlich bei der Gemeinde Am Mellensee anzuzeigen.
- 3) Die Gemeinde Am Mellensee ist berechtigt, eine Sicherheitsleistung in Höhe der voraussichtlichen Steuerschuld zu verlangen.

### **§ 9 Steueraufsicht**

Die Gemeinde Am Mellensee ist berechtigt, jederzeit zur Feststellung von Steuertatbeständen die Veranstaltungsräume zu betreten sowie Geschäftsunterlagen einzusehen.

### **§ 10 Ordnungswidrigkeiten**

- (1) Ordnungswidrig im Sinne des § 15 Abs. 2 b des KAG Bbg handelt, wer vorsätzlich oder grob fahrlässig folgende Festsetzungen nicht einhält:
  1. § 5 Abs. 3 KAG Bbg Abgabe der Steueranmeldung
  2. § 5 Abs. 4 KAG Bbg Anzeige der erstmaligen Aufstellung eines Spielapparates sowie Änderung (Erhöhung) des Apparatebestandes
- (2) Gemäß § 15 Abs. 3 des KAG Bbg kann die Ordnungswidrigkeit mit einer Geldbuße bis zu 5.000 € geahndet werden.

### **§ 11 Inkrafttreten**

Diese Satzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Vergnügingssteuersatzung vom 15.11.2006 außer Kraft.

Am Mellensee, den

F. Broshog  
Bürgermeister

## **Bekanntmachungsanordnung**

Die vorstehende Satzung über die Erhebung der Vergnügungssteuer in der Gemeinde Am Mellensee wird hiermit öffentlich bekannt gemacht. Es wird darauf hingewiesen, dass eine Verletzung von Verfahrens- und Formvorschriften beim Zustandekommen dieser Satzung nach Ablauf eines Jahres, seit dieser Bekanntmachung nicht mehr geltend gemacht werden kann, es sei denn:

- a) eine vorgeschriebene Genehmigung fehlt,
- b) die Satzung ist nicht ordentlich öffentlich bekannt gemacht worden,
- c) der Bürgermeister hat den Beschluss der Gemeindevertretung vorher beanstandet,
- d) der Form- und Verfahrensmangel ist gegenüber der Gemeinde vorher gerügt und dabei die verletzte Rechtsvorschrift und die Tatsache bezeichnet worden, die den Mangel angibt.

Am Mellensee, den

F. Broshog  
Bürgermeister

Siegel